

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklametexte 20 Pfennige, auswärtige Reklametexte 25 Pfennige, amtliche 20 Pfennige.

Telegramme: Tagblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 75

Mittwoch, den 30. März 1927

22. Jahrgang

Gesler über die Reichswehr.

Ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag.

Berlin, 28. März. Im Reichstage hielt heute bei der zweiten Lesung des Reichswehretats der Reichswehrminister Dr. Gesler eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Erfahrungen des Weltkrieges hätten leider die Hoffnung einer umfassenden Abrüstung nicht erfüllt. Die englischen Militäraufgaben seien seit 1913 um ungefähr 700 Millionen gestiegen. Der „Economist“ habe errechnet, daß England und Frankreich je 1/2 Prozent, Italien 4 Prozent, Deutschland dagegen nur 1/2 Prozent seines Nationalertrags für seine Sicherheit ausgeben. England gebe für jeden seiner Berufssozialen 4800 Mark im Jahre aus, Deutschland nur 4000 Mark. Die deutsche Regierung verfolge ernstlich alle Abrüstungsbestrebungen und glaube, daß angesichts der tatsächlichen Entwicklung die Völker Europas diese Last nicht weiter tragen könnten. Der Wehretat sei in keiner Weise überflüssig. Wenn die Möglichkeiten des Verfallens eines Staates ausgeschöpft werden sollten und wenn wir nicht auf 80- oder 60 000 Mann zurückgehen wollten, läuere an dem Etat nichts gefährdet werden, denn der größte Teil der Ausgaben sei absolut zwangsläufig.

Ein Mißheer

würde wegen des erhöhten Bedarfs an geschultem Personal ebenso teuer sein, weshalb das gegenwärtige System das relativ günstigere sei. Wir könnten uns aber bei einem Angriff auf unser Volk nicht beliebig verstärken, so daß wir mit diesem System auf die Dauer nicht auskämen. Wir müßten vielmehr fordern, daß das uns aufgezwungene System als Muster für eine allgemeine Abrüstung gilt. Unser Heer reiche nur für einen bescheidenen Grenzschutz aus. Werde der Gedanke der allgemeinen Abrüstung nicht Tatsache, müßten wir unseren Nachbarn gleichgerichtet gegenüberstehen können. Unmöglich könne man Deutschland auf dem Stand eines Indianerstammes zurückhalten.

Die Gleichberechtigung im Kreise der Völker

sei eine Hauptvoraussetzung. Die Kontrollkommission habe das deutsche Volk als die tiefste Demütigung empfunden, die je einem tapferen Volke zugemutet worden sei. Die Kontrolle sei um so bitterer gewesen, als ihre Durchführung nicht in den Händen der französischen Liga für Menschenrechte, sondern in der Macht englisch-französischer Generalsstabsoffiziere lag. Der Minister sprach hierbei den Wunsch nach einer Veröffentlichung der Berichte der Kontrollkommissionen aus, aus denen wir mit Scham feststellen könnten, wie alle Kreise der deutschen Bevölkerung die Schnäffeleien der Kommissionen unterstützt hätten. Man würde erstaunt sein über die verächtlichen Meinungsäußerungen der Ententsoffiziere über das deutsche Volk. Ihre Aufzählung habe entschieden ein Instrument zur Vergiftung unserer Volkseele vernichtet und die Zusammenarbeit der Völker erleichtert. Auf kommunistische Zwischenrufe erklärte der Minister, daß Kemmerle nach einer Denkschrift der Hamburger Volkszeit über den Zustand von 1923 selbst die Gemeinproklamation habe. In Weimar habe man das neue Heer auf den alten Offizieren aufgebaut. Weber seine Stellung zu den Wehrverbänden habe er niemals Zweifel entstehen lassen. In der Zeit des Kampfes mit der Entente um die Stellung des Chefs der Heeresleitung habe er Meinungsverschiedenheiten mit diesem nicht aufkommen lassen dürfen.

Das Abirren Seckts

habe lediglich in einer Gefälligkeit bestanden, die aber für den Staat untragbar gewesen wäre. Trotzdem seien die Verdienste des Generals in schwerster Zeit hoch anzuerkennen. Auch das Offizierskorps verdiene Vertrauen, selbst wenn mal ein Einzelner ausschlage. Die sozialdemokratische Ideologie einer Miliz werde den Notwendigkeiten einer zuverlässigen Truppe nicht gerecht. Der politische Kampf müsse unbedingt vom Heere ferngehalten werden, um die alten Soldateneigenschaften „Treue und Pflichterfüllung gegenüber dem Staate“ nicht zu untergraben. Das Heer verdiene volles Vertrauen, das es bisher auch stets gerechtfertigt habe. Was die Einstellung neuer Leute anbetrifft, so sei Anordnung getroffen worden, keine Einstellung ohne die Beweismittel einwandfreien Verhaltens durch die zuständige Polizeibehörde vorzunehmen. Den Kompanieführern müsse die Verantwortung für die Einstellung überlassen bleiben. Auch die Einstellung des Offizierskorps sei geregelt. Mit dem Chef der Heeresleitung sei eine bestimmte Anzahl offener Stellen für Angehörige aus dem besetzten Gebiet vereinbart worden. Von den An-

bern und Gemeinden forderte der Minister eine bessere Unterstützung bei der Unterbringung entlassener Militäranwärter. Zum Beispiel hätten sich Arankenlassen geweigert, entlassene Reichswehronkoffiziere einzustellen. Zum Schluß wandte sich der Minister noch gegen die maßlos übertriebene Kritik der Zustände in der

Reichswehr durch die Linksparteien und links gerichteten Organisationen. Reichswehr und Volk seien doch schließlich aufeinander angewiesen.

Der Mißtrauensantrag gegen Dr. Gesler.

Berlin, 28. März. Im Reichstage haben die Sozialdemokraten bei der heutigen zweiten Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums ein Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Dr. Gesler eingebracht. Ferner beantragen sie, ihm sein Gehalt zu streichen.

Wilde Gerüchte über Schanghai.

Ein englisch-französischer Konflikt.

„Die europäischen Generale raufen sich“.

überschreibt ein Leipziger Blatt die jüngsten Meldungen aus Schanghai. Auch die „Voss. Zig.“ berichtet über Unstimmigkeiten zwischen dem englischen General Duncan und dem französischen Admiral vor Schanghai. Die Quelle dieser Nachricht bildet ein Artikel des „Daily Herald“, in dem es heißt:

Im Gebiete der Fremdenniederlassungen selbst geht es nun aber ebenso wenig wie in den Londoner Wahlversammlungen, die sich mit dem Problem China befassen, friedlich zu. Die Kabinette von London und Paris haben drastisch in Schanghai intervenieren müssen, weil der englische General Duncan und der französische Admiral vor Schanghai in wüste Färsereien geraten sind. Der französische Admiral hatte vor einigen Tagen um Entsendung englischer Verstärkungen ins französische Konzessionsgebiet gebeten. General Duncan hatte die Gewährung dieser Unterstützung davon abhängig gemacht, daß ihm die französische Niederlassung ausgeliefert werde, denn die Verteidigung des Fremden-Gebietes von Schanghai könne nur als einheitliche militärische Aufgabe von ihm gelöst werden. Der französische Admiral, der schrittweise an Ort und Stelle verfolgen konnte, wie England sich in seinem neuen asiatischen Gibraltar dauernd häuslich einrichtet, wandte sich an das Pariser Kabinett um moralische Unterstützung, während Duncan das englische Kabinett in Bewegung setzte.

Die „Voss. Zig.“ meldet, daß Frankreich über das französische Konzessionsgebiet selbstständig mit den Chinesen verhandelt. Obwohl man diese Nachricht sehr vorsichtig aufnehmen muß, wäre eine derartige Politik

Frankreichs nicht ausgeschlossen, da die französische Konzeffion einen Stadteil für sich bildet und direkt an die Chinesenstadt angrenzt, also in erhöhtem Maße bedroht ist.

Die Nachrichten aus Schanghai über eine ernste Lage in der französischen Konzessionszone werden vom französischen Außenministerium energisch dementiert. Es wird erklärt, der Plan zur Verteidigung der französischen Konzessionszone im Falle von Unruhen sei seit langem festgelegt, und die notwendigen Polizeistrukturen, die mehr als 2000 Mann umfassen, seien in der Konzessionszone versammelt. Alles, was hinsichtlich irgendeiner Unterordnung unter eine andere Behörde berichtet worden sei, entbehre jeder Begründung. Alles, was die französischen Behörden beantragt hätten, um die Verteidigung der Konzessionszone sicher zu stellen, sei ihnen zur Verfügung gestellt worden und werde ihnen weiter zur Verfügung gestellt werden.

Neue amerikanische und japanische Truppen-transporte nach Schanghai.

Washington, 28. März. Die Amerikaner im Innern von Japan sind aufgefordert worden, sich in Amoy zu versammeln, wo ein Zerstörer eingetroffen ist. Admiral Williams teilte dem Flottenkommandanten mit, daß Japan ein Kriegsschiff und acht Zerstörer nach Schanghai entsendet, und daß 500 weitere japanische Truppen gelandet wurden. Die 1500 Marinetruppen, die Befehl erhalten haben, nach China zu gehen, werden sehr mobilisiert und werden wahrscheinlich Anfang nächster Woche abfahren. Diesem Transport wird ein Marineflugzeugverband beigegeben, das aus zwölf Bombenflugzeugen und Kampfflugzeugen besteht.

Reichsfinanzminister Dr. Kähler über die deutsche Währung.

Wien, 28. März. Reichsfinanzminister Dr. Kähler gewährte vor seiner Rückkehr nach Berlin einem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes“ eine Unterredung, in der er erklärte, in diesen weihelichen Festtagen des Gedankens an Beethoven nicht von Politik sprechen und die an ihn gerichteten Fragen über das Währungsproblem nur kurz dahin beantworten zu wollen, daß die deutsche Währung absolut sicher und fest bestehe. Sie sei so fest verankert, daß auch der letzte deutsche Volksgenosse von ihrer Unverwundbarkeit überzeugt sei. Vom Finanzminister Klenow habe er gestern das gleiche bezüglich der österreichischen Währung erfahren.

Das Meineidverfahren gegen Hitler eingestellt.

Wie aus Nürnberg gemeldet wird, ist das Meineidverfahren gegen Adolf Hitler, das auf Grund seiner Zusageausagen im Verleumdungsprozeß des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Luppe gegen den dortigen nationalsozialistischen Führer Streicher eingeleitet wurde, eingestellt worden.

Gefälschte Dokumente im amerikanisch-mexikanischen Konflikt.

Paris, 28. März. „Paris Times“ veröffentlicht eine Meldung aus Washington, der zufolge Beamte des Staatsdepartements festgestellt hätten, daß dem Präsidenten von Mexiko Calles gefälschte Dokumente, welche die Unterschrift Kellogg trügen, und in denen die mexikanische Regierung heftig angegriffen werde, in die Hände gespielt worden seien. Eine Krise sei nur dadurch vermieden worden, daß man rechtzeitig die Dokumente als gefälscht festgestellt habe. Es sei eine Untersuchung eingeleitet worden, um festzustellen, wer diese Dokumente abgedruckt habe.

Antrag der Zentrumsfraktion.

Berlin, 28. März. In einem Antrag der Zentrumsfraktion wird das preussische Staatsministerium ersucht, sich im Reichsrat mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Möglichkeit, besonderen Verdiensten an Kunst und Wissenschaft, langjähriger pflichttreuer Arbeit im Bereiche des amtlichen und beruflichen Lebens und opferwilliger Tätigkeit im Dienste des Gemeinwohles durch entsprechende Titelverleihung eine öffentliche Anerkennung zuteil werden zu lassen, baldmöglichst wieder hergestellt wird.

Keine Subventionen für die USA.

Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Frage der Subventionierung der USA beschäftigt. Wie die „Berliner“ dazu erfahren haben will, dürfte sich die Entscheidung des Reichskabinetts in der Richtung bewegen haben, daß der Kredit für die USA abgelehnt werden wird.

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen.

Prag, 28. März. Wie eine Prager Korrespondenz meldet, weisen gegenwärtig Vertreter des österreichischen Eisenbahnministeriums und der Verkehrssektion des Handelsministeriums in Berlin, um an den Verhandlungen über die Verkehrsklausel im deutsch-österreichischen Handelsvertrag teilzunehmen. Die Verhandlungen zielen darauf hin, in den Warenartikeln die Parität auf der Grundlage der Regiparität einzuführen.

Eine Bismardrede in Karlsbad verboten!

Dem Reichstagsabgeordneten Dr. Mittelmann, der auf Einladung von sudetendeutscher Seite am 1. April in Karlsbad eine Bismardrede halten wollte, ist das tschechische Einreisevisum verweigert worden.